

Anlage 1

SPD-Fraktion im Bezirksausschuss 18
Untergiesing Harlaching



Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GBW
durch die Bayerische Landesbank;
Erhalt preiswerten Wohnraums im 18. Stadtbezirk
München, den 17.10.2011

Antrag

Der Bezirksausschuss 18 möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, die zum Verkauf stehenden Wohnungen der GBW im Bereich des Stadtgebiets, insbesondere aber im 18. Stadtbezirk, zu erwerben.

Begründung:

Wie der gestrigen Presse zu entnehmen ist, hat der Bayerische Finanzminister Fahrenschon im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage der SPD-Landtagsfraktion unter anderem ausgeführt, "dass sich die BayernLB von ihrer Beteiligung an der GWB AG wird trennen müssen." Die Staatsregierung hat nach den Worten von Fahrenschon weder selbst die Absicht, die Wohnungen anzukaufen, noch könne sie sicherstellen, dass die GWB-Wohnungen in öffentlicher Hand bleiben. Auch eine Berücksichtigung von Mieterinteressen und sozialer Belange könne nicht gewährleistet werden.

Deshalb muss alles unternommen werden, um preiswerten Wohnraum in München so weit wie möglich zu erhalten. Dies ist nur realisierbar, wenn die Stadt bzw. Die städtischen Wohnbaugesellschaften diese Wohnungsbestände erwerben und weiterführen.

Für die SPD-Fraktion:

Christa Knappik, Fraktionsvorsitzende

Anlage 2

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION

ROSA LISTE
MÜNCHEN

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathhaus

München, 19.10.2011

Antrag zur dringlichen Behandlung für die Vollversammlung am 25. Oktober 2011

Günstigen Wohnraum erhalten – Einfluss nehmen auf den Verkauf der GBW Wohnungen

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Der Oberbürgermeister berichtet über die bisherigen Ergebnisse des Dialogs der Stadtspitze mit dem Freistaat über sozial verträgliche Lösungen für die Mieterinnen und Mieter im Falle eines Verkaufs der ca. 10.000 Wohnungen der GBW in München.
- 2) Der Stadtrat fordert, dass die Münchner Wohnungen der GBW erstrangig an die Mitgliedsunternehmen der „Initiative für Mietwohnungen in München“ veräußert werden.

Begründung:

Den aktuellen Pressemeldungen nach wird sich die Bayrischen Landesbank von ihrer Wohnungsbaugesellschaft GBW in Bälde trennen müssen. Dies betrifft in München 10.000 Haushalte, die jetzt befürchten müssen, dass die für Münchner Verhältnisse oft günstigen Mietpreise künftig stark steigen werden.

In der Rathausumschau vom 22. Januar 2010 wurde berichtet, dass „sich die Stadtspitze angesichts des drohenden Verkaufs von 10.000 Münchner Wohnungen durch die Bayerische Landesbank im Interesse der Mieter um sozial verträgliche Lösungen

bemüht
und mit dem Ministerpräsidenten einen sachlichen Dialog über konstruktive
Lösungen
begonnen hat". Die Ergebnisse des Dialogs sollen dem Stadtrat angesichts der
aktuellen
Entwicklung schnellstmöglich zur Kenntnis gebracht werden.

Erst kürzlich hat die GBW Wohnungen in Untergiesing an private Investoren
verkauft. Die
erste Maßnahme dieser Investoren war eine Mieterhöhung von 20% für die
Wohnungen.
Die Gewerbemieten wurden in weit höheren Maße erhöht, so dass ein wesentlicher
Teil
der Gewerbetreibenden ihre Geschäfte an dem Standort aufgeben mussten.

Die GBW ist selbst Mitglied in der „Initiative für Mietwohnungen in München“. In
München mangelt es an günstigem Wohnraum. Jeder Verlust ist auch nicht durch
verstärkte Neubautätigkeiten zu ersetzen. Um den noch vorhandenen günstigen
Wohnraum erhalten zu können liegt es daher nahe, dass die Wohnung der GBW
nach Möglichkeit von den anderen Mitgliedsunternehmen der Initiative
übernommen werden.

Fraktion
Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Lydia Dietrich	Siegfried Benker	Sabine Nallinger	Paul Bickelbacher
Dr. Florian Roth	Sabine Krieger	Gülseren Demirel	Jutta Kollér
Dr. Florian Vogel	Boris Schwartz	Thomas Niederbühl	

Mitglieder im Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer
249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de

19.10.2011

**Antrag zur dringlichen Behandlung
in der Vollversammlung
am 25.10.2011**

**GBW- Wohnungen in öffentlicher Hand behalten – städtische
Wohnungsbaugesellschaften engagieren sich!**

Der Stadtrat fordert die städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf, ihre Kräfte und Aktivitäten zu bündeln und gemeinsam, ggf. zusammen mit anderen Partnern wie der Stadtsparkasse, einen möglichen Kauf der GBW-Wohnungen vorzubereiten.

Begründung:

Bereits 2009 hat der Stadtrat auf Änderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion hin beschlossen, dass die GBW-Wohnungen möglichst in öffentlicher Hand bleiben sollen. Wie der Presse zu entnehmen ist, ist der Bayerische Finanzminister einer „öffentlichen Lösung“ gegenüber sehr aufgeschlossen. Derzeit gibt es jedoch noch keinen neuen Sachstand bzw. belastbare Entscheidungen/Fakten aus Brüssel. Es ist also noch nichts entscheidungsreif. Es ist jedoch sinnvoll und angezeigt, wenn die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, ggf. zusammen mit der Stadtsparkasse und weiteren Partnern, bereits jetzt einen möglichen Erwerb vorbereiten, um rechtzeitig aktiv werden zu können.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Anlage 4

SPD Fraktion
kompetent.einfallsreich.bürger nah
Bezirksausschuss 5
AU-Haidhausen

19.10.2011

Schutz der Mieter beim Verkauf der GBW-Wohnungen in Haidhausen

Antrag

(1) Der Oberbürgermeister und der Stadtrat der Landeshauptstadt München werden gebeten, nochmals mit großem politischen Nachdruck auf den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer einzuwirken, sein gegebenes Versprechen einzuhalten, daß beim Verkauf der GBW-Wohnungen soziale Aspekte sowie die Suche nach einem seriösen Erwerber im Vordergrund stehen und nicht die Höhe des Verkaufserlöses.

(2) Der Verkauf der Wohnungen in Haidhausen wie in der Gesamtstadt München soll nicht an den meistbietenden Investor, sondern allenfalls unter wohnungspolitischer Verantwortung und nach Prinzipien des sozialen Mieterschutzes an die Münchner Initiative für Mietwohnungen oder entsprechende Verbände der sozialen Wohnungswirtschaft mit der Stadtparkasse München verkauft werden.

(3) Nach einem aufzustellenden langfristigen Entwicklungskonzept soll der Wohnungsbestand als Mietwohnungen erhalten bleiben. Er soll nicht aufgeteilt, umgewandelt und zum kurzfristigen Spekulationsobjekt gemacht werden.

(4) Entsprechend dem Modell für die Siedlung Ludwigsfeld sollen die Mietverträge aller Mieter rechtsverbindlich durch Zusätze wie folgt ergänzt werden:

- Lebenslanger Kündigungsschutz für die Mieter
- Begrenzung der (gesetzlich möglichen) Mieterhöhungen
- Ausschluß von Luxussanierungen und entsprechenden Umlagen auf die Miete
- Schutz vor Umwandlung in Wohneigentum

Begründung

Die rund 140 Wohnungen in Au-Haidhausen liegen zum großen Teil (118 Wohnungen) im ehemaligen Sanierungsgebiet Haidhausen beiderseits der Rosenheimer Straße, in der Balanstraße, Gravelottestraße und Pariserstraße.

Die Wohnungen zählen heute zum Kerngebiet der Erhaltungssatzung Au-Haidhausen, das durch den Stadtrat erneut beschlossen worden ist.

Sie wurden seinerzeit durch die MGS mit öffentlichen Mitteln der Städtebauförderung saniert und gelangten im Rahmen der gesetzlich geforderten Privatisierung in den Besitz der GBW.

Der überwiegende Teil besteht aus öffentlich geförderten, sozial gebundenen Wohnungen.

Diese Aspekte verdeutlichen den hohen wohnungs- und sozialpolitischen Anspruch, der es verbietet, den Wohnungsbestand der GBW in Haidhausen profitorientiert im Meistbieterverfahren auf den Markt zu werfen.

Im Gegenteil ist es politisch geboten, ein Verfahren zu wählen, das es erlaubt, den Wohnungsbestand auch langfristig in das Eigentum gemeinnützig wirtschaftender Wohnungsunternehmen zu überführen.

Fraktionssprecherin
Nina Reitz

Initiative
Adelheid Djetz-Will

Au-Haidhausen



Anlage 5

Giesing ist Kult.

Die **SPD-Fraktion**
im Bezirksausschuss 17
Obergiesing-Fasangarten

München, 08.11.2011

Antrag der SPD-Fraktion zur BA-Sitzung am 08.11.2011

Der Freistaat Bayern wird aufgefordert

1. Den Wohnungsbestand der GBW-Gruppe zu erwerben
2. Den Mietern eine Mieterschutzgarantie auszusprechen
3. Sollte der Kauf des Wohnungsbestands durch den Freistaat nicht zustande kommen, wird die Landeshauptstadt München oder eine ihr nahe stehende Trägerschaft aufgefordert diese unter Einhaltung des Mieterschutzes zu erwerben.

Begründung:

Im Stadtbezirk 17 - Obergiesing-Fasangarten - sind ca. 300 Wohneinheiten betroffen. Diese sind überwiegend sozialgebunden. Um günstigen Wohnraum zu erhalten und nicht an Spekulanten zu verlieren ist es dringend notwendig diese Wohnungen in eine weiterhin sozialgerechte Trägerschaft zu überführen.

Fraktionssprecherin
Inge Hügenell
Tel/Fax 089 / 69 00 18 0

Stellv. Fraktionssprecherin
Birgit Knoblach
Tel/Fax 089 / 69373522
bknoblach@mmet-online.de

MÜNCHEN 

Anlage 6

Bürgerversammlung des 18. Stadtbezirkes am 10. 11. 2007 (118)

Bitte Formblatt vollständig und gut leserlich ausfüllen und umseitige Erläuterungen beachten!

Antrag (zur Abstimmung)

Anfrage/Anliegen

Möchten Sie mündlich vortragen?

ja

nein

Name: <u>Spottner</u>	Vorname: <u>Michael</u>	Staatsangehörigkeit: <u>österreich</u>
Straße, Nr.: <u>Kets-Kirzinger-Str. 3</u>	PLZ, Ort: <u>81547 München</u>	Telefon: (Angabe freiwillig) <u>089/6977258</u>

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

ja

nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

ja

nein

Sind Sie mit einer Veröffentlichung Ihrer Antragsdaten – auch im Internet – einverstanden?

ja

nein

Diskussionsthemen in Stichworten:

1. Verkauf der Wohnungsgenossenschaft GZV durch
2. die Bayerische Landesbank; Erhalt von Wohnflächen
3. Wohnraum im Stadtbezirk 18

Text des Antrages / der Anfrage / des Anliegen:

Fr. siehe Antrag

Begründung:

- siehe Antrag

Unterschrift

Raum für Vermerke des Direktoriums – Bitte nicht beschriften

- ohne Gegenstimme angenommen
- mit Mehrheit angenommen
- ohne Gegenstimme abgelehnt
- mit Mehrheit abgelehnt

Antrag: Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GBW durch die Bayrische Landesbank; Erhalt von bezahlbarem Wohnraum im Stadtbezirk 18 (Untergiesing-Harlaching)

Antragsteller: Michael Sporrer, Peter-Auzinger-Str. 3, 81547 München

Adressat: Bürgerversammlung des Stadtbezirks 18

Antrag:

Die Bürgerversammlung des Stadtbezirks 18 möge beschließen:

Falls die zum Verkauf stehenden Wohnungen der GBW in München (insbesondere die ca. 540 Wohnungen im Stadtbezirk 18) vom Freistaat Bayern nicht übernommen werden, wird die Landeshauptstadt München aufgefordert diese, unter der Priorität der Sozialverträglichkeit und Berücksichtigung des Mieterschutzes, zu erwerben.

Begründung:

In der Presse ist zu lesen, dass der Freistaat Bayern die Wohnungen voraussichtlich nicht zu 100 % selbst kaufen wird und beim Verkauf nicht sicherstellen kann, dass die GBW-Wohnungen in öffentlicher Hand bleiben und die Berücksichtigung von Mieterschutz und Sozialverträglichkeit nicht gewährleistet sein werden.

Deshalb wird die Landeshaupt München oder eine städtische Wohnbaugesellschaft aufgefordert die GBW Wohnungen in München, insbesondere die ca. 540 Wohnungen im Stadtbezirk 18 zu erwerben, damit nicht wieso oft davor finanzierbarer Wohnraum in München durch SpekulantenInnen aufgekauft wird und BürgerInnen /Familien gezwungen sind, einen Zweit- oder Drittjob anzunehmen, um sich das Leben in München noch leisten zu können.

Die Vereinsamung nimmt zu, soziale Netzwerke, Freundschaften, Familie und Lebensgemeinschaften fallen dem Diktat des „freien Wohnungsmarktes“ zum Opfer.

Deshalb ist es wichtig, dass die Landeshauptstadt München diese Wohnungen kauft und den Mietern ein lebenslanges Wohnrecht vertraglich gewährt.

Gez. Michael Sporrer, Peter-Auzinger-Str. 3, 81547 München, 089/699 19 258